



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

25. Oktober 2019

Wochenbericht KW 43

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 29 % bzw. 27 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne bei 22 % bzw. 20 %, AfD bei 14 % bzw. 13 %
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden auf höchstem Stand seit April 2018 Türkei und Syrien werden als größte Bedrohungen wahrgenommen Knapp die Hälfte der Bürger findet, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten nimmt
Flüchtlinge:	Sechs von zehn Bürgern machen sich keine Sorgen über die Flüchtlingszahlen Zunehmend werden eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation gesehen
Wichtigste Themen:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	27 (-)	29 (-)
SPD	14 (-)	15 (-)
FDP	8 (-)	8 (+1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	22 (-1)	20 (-)
AfD	13 (+1)	14 (+1)
Sonstige	8 (-)	5 (-2)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.	17.-23.10.

Die Union liegt bei Emnid 14 (-) und bei forsa 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	15 (-)
Scholz	32 (-)
Kramp-Karrenbauer	16 (-)
Habeck	30 (-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 17 (-) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 14 (-1) Prozentpunkte hinter Robert Habeck.

33 % (-) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 27 % (+2) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 60 % (-2) für Scholz und 10 % (-1) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 34 % (-) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 17 % (+1) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 63 % (+1) Habeck und 9 % (-1) Kramp-Karrenbauer.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (27.10.2019)

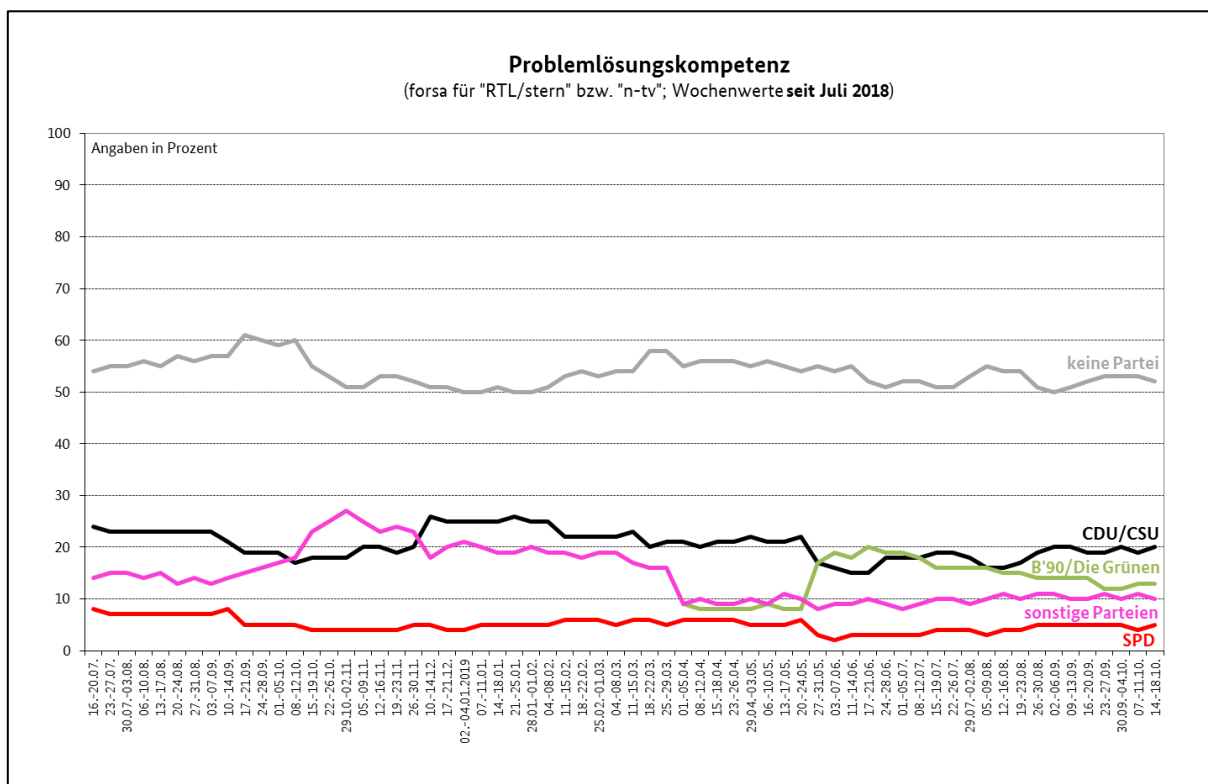
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	20 (+1)
SPD	5 (+1)
Grüne	13 (-)
sonstige Parteien	10 (-1)
keine Partei	52 (-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD und 7 (+1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 52 % (-1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



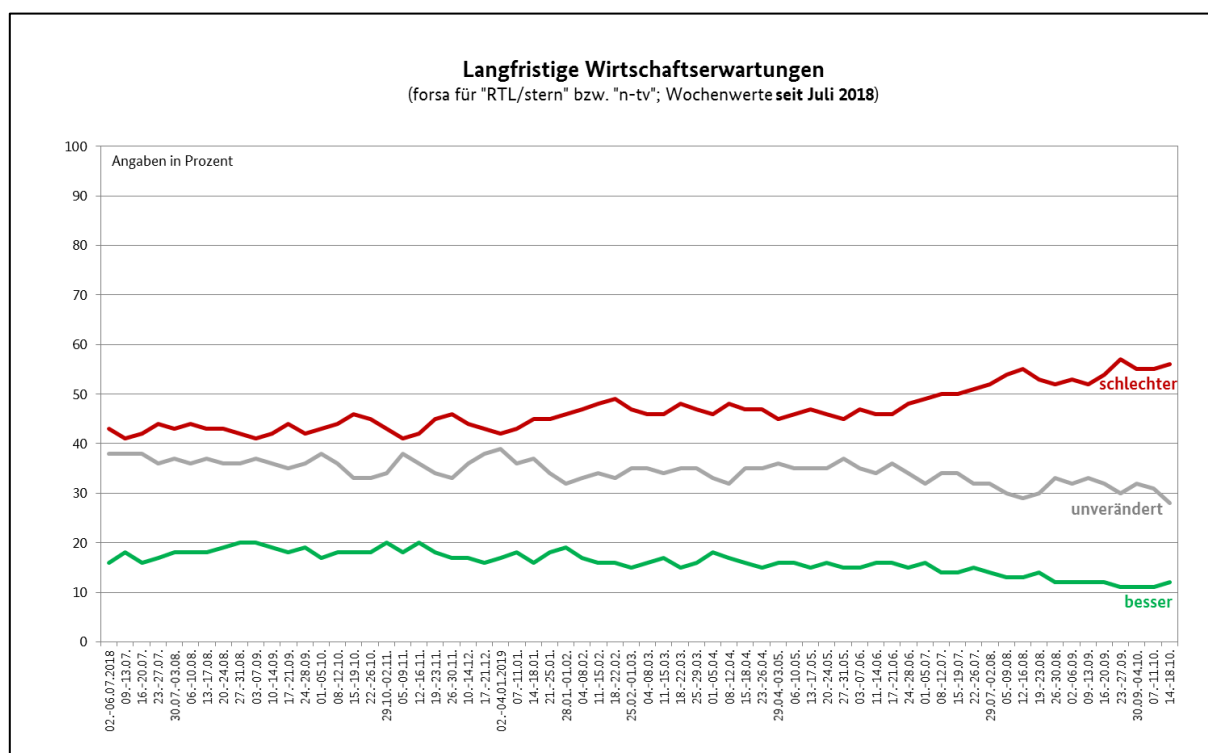
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	12	(+1)
schlechter	56	(+1)
unverändert	28	(-3)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bundesbürger, der eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, liegt um 44 (-) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

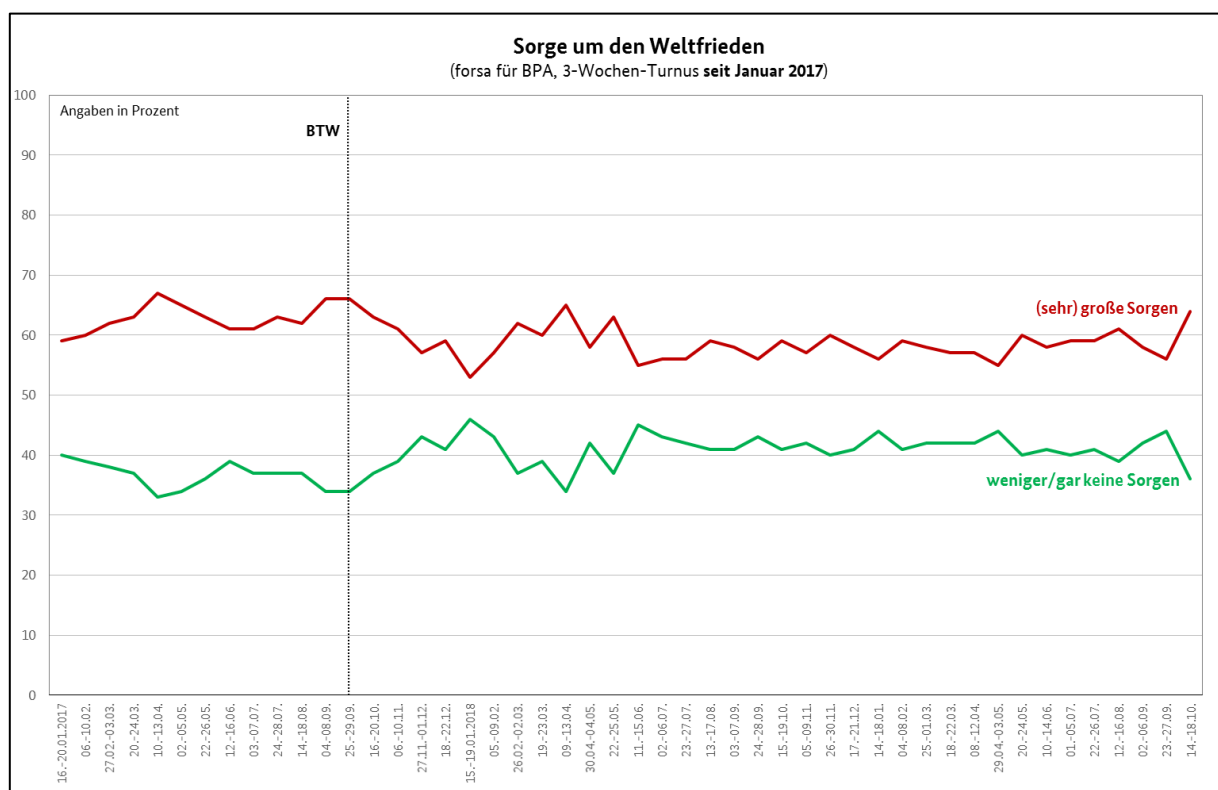


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA	
sehr große	15	(+4)
große	49	(+4)
wenig	28	(-7)
keine	8	(-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.	

Anhänger der Linkspartei (78 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (72 % zu 55 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (70 % zu 53 %).



Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

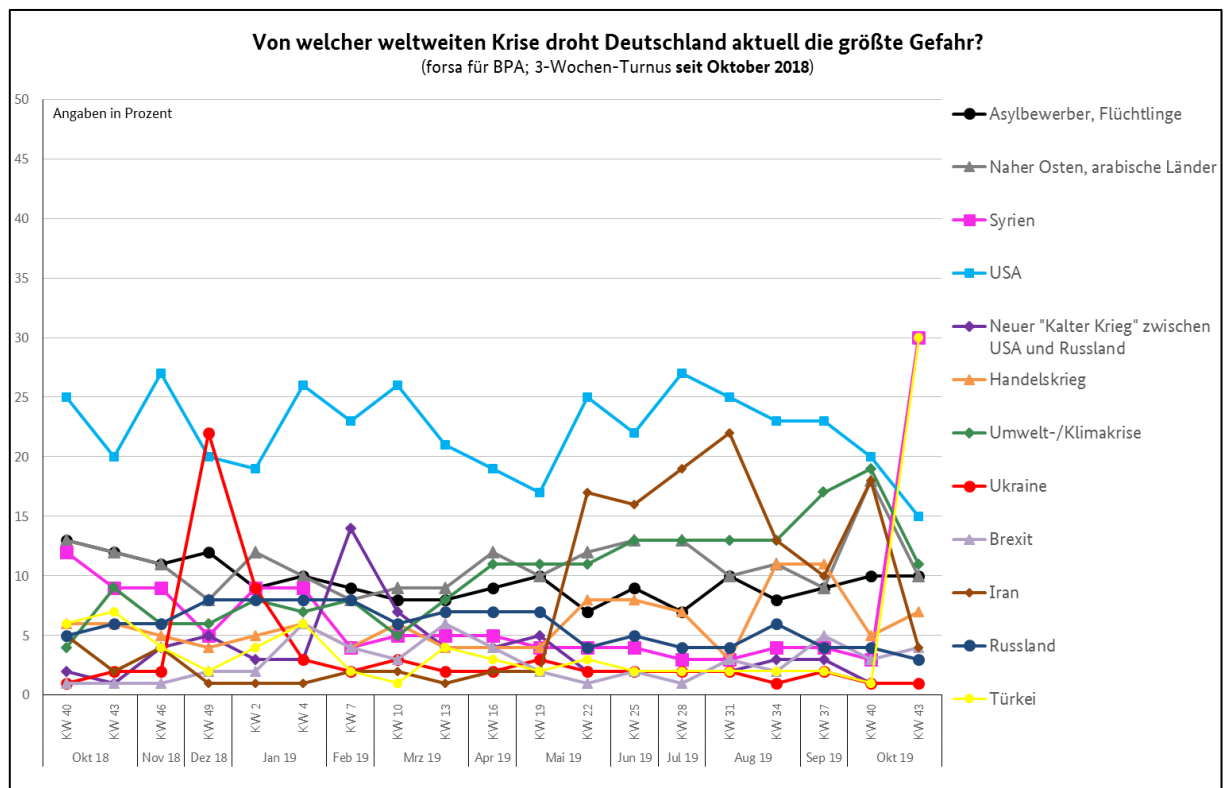
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA
Türkei	30 (+29)
Syrien	30 (+27)
USA	15 (-5)
Umwelt-/Klimakrise	11 (-8)
Naher Osten, arabische Länder	10 (-8)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10 (-)
Handelskrieg	7 (+2)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.

Die Bundesbürger nehmen die Türkei und Syrien als größte Gefahren wahr und sehen Deutschland von beiden Krisen erheblich mehr bedroht als bei der letzten Erhebung Anfang Oktober.

Über 60-Jährige nennen die Türkei häufiger als größte Bedrohung als unter 30-Jährige (40 % zu 12 %).

45- bis 59-Jährige (37 %) nennen Syrien besonders oft als größte Gefahrenquelle, Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (33 % zu 20 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

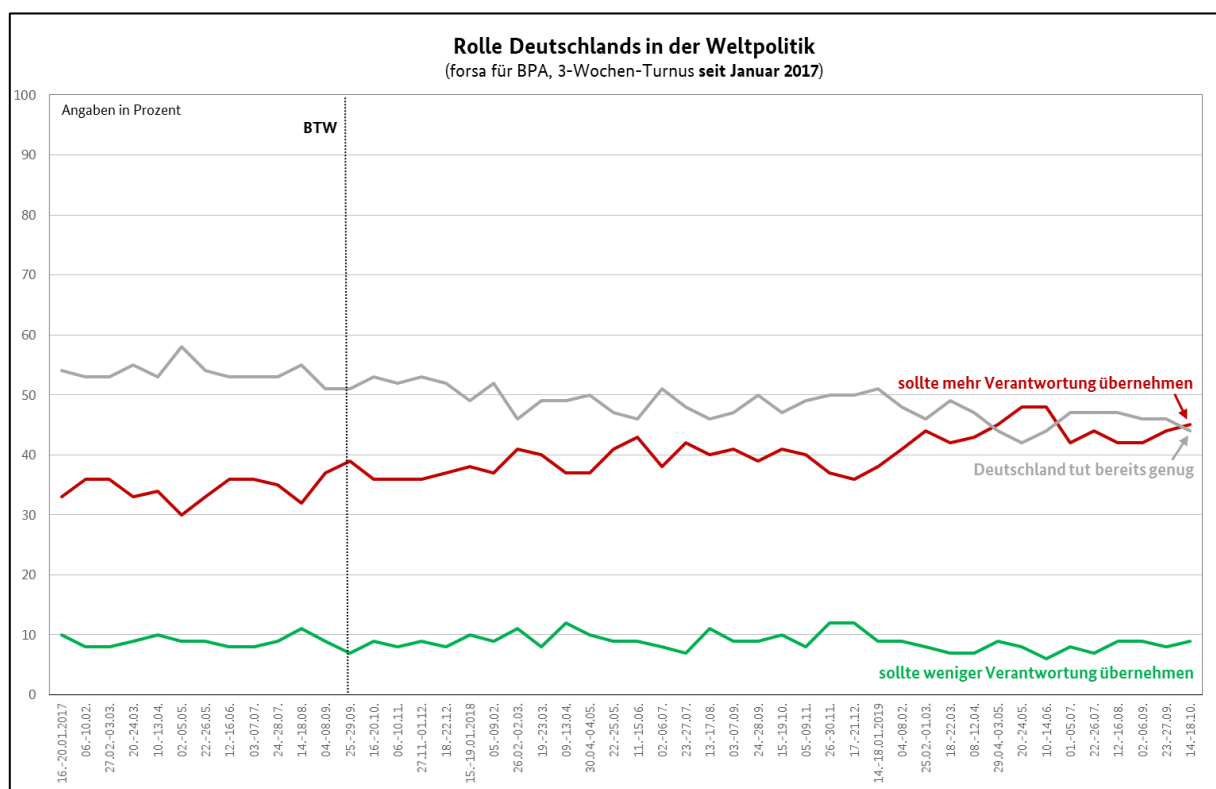
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	45 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (+1)
Deutschland tut bereits genug	44 (-2)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.

Unter 30-Jährige (57 %), Personen mit hoher formaler Bildung (52 %) und Gutverdiener (51 %) sowie Anhänger der Linkspartei (65 %) und der Grünen (64 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind 30- bis 44-Jährige (15 %) und Anhänger der AfD (20 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit mittlerem Einkommen (53 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (52 %) sowie Anhänger der Union (57 %) und der AfD (56 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

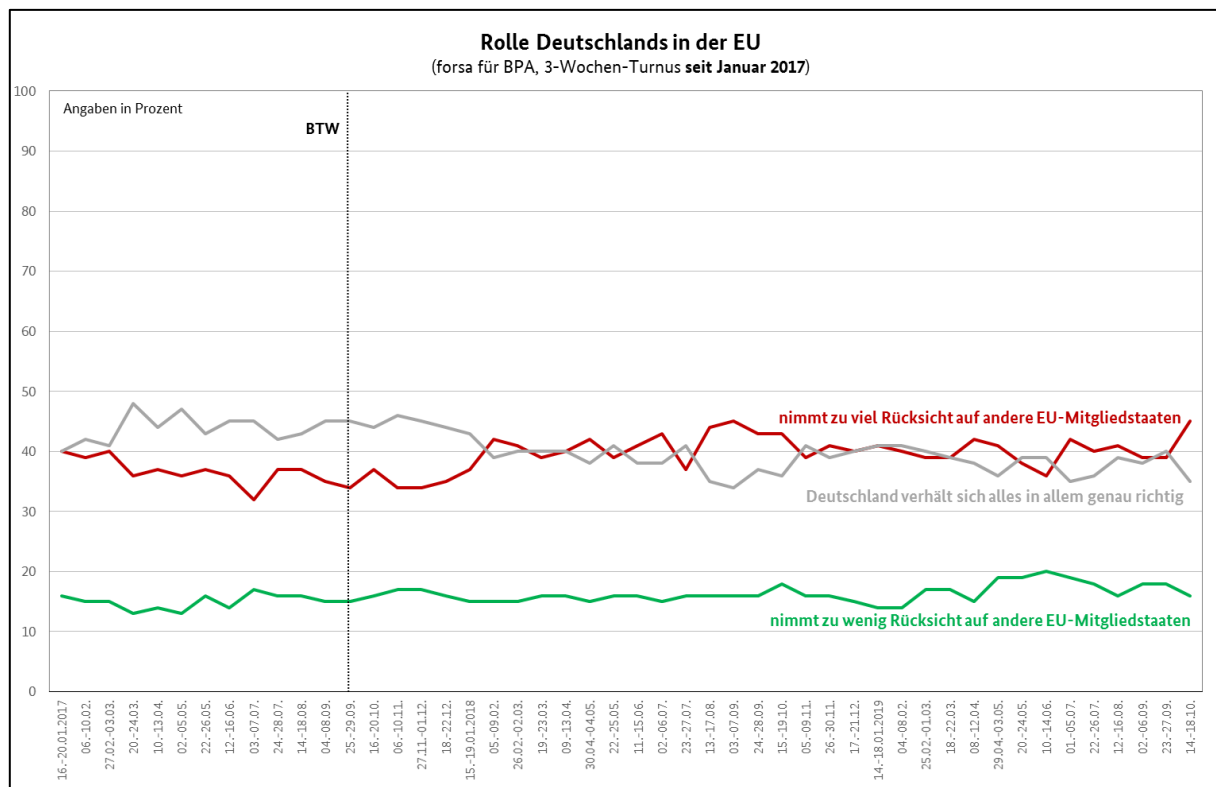
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 40

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	45 (+6)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	35 (-5)
Erhebungszeitraum	14.-18.10.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (53 %), 30- bis 59-Jährige und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 51 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind unter 30-Jährige (27 %) und Anhänger der Linkspartei (34 %) überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (50 %) und der Union (43 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



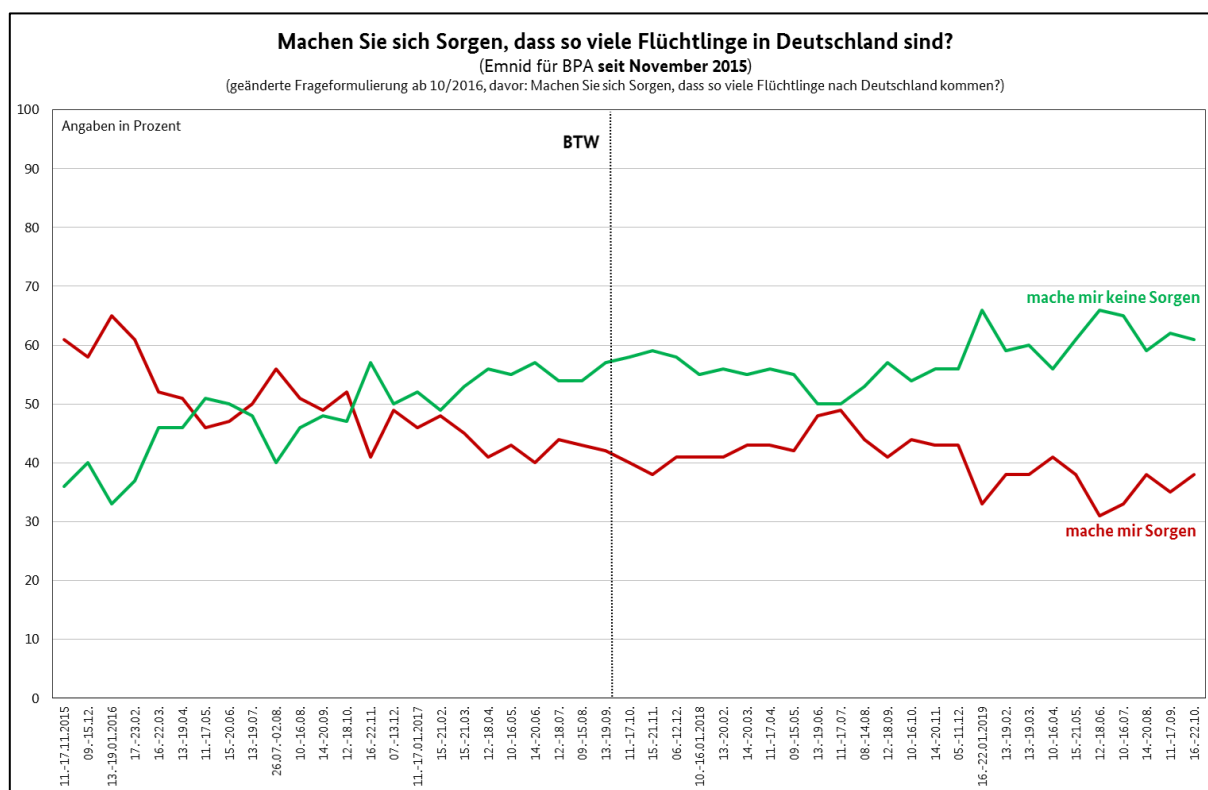
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	38	(+3)
mache mir keine Sorgen	61	(-1)
Erhebungszeitraum	16.-22.10.	

40- bis 59-Jährige (49 %) und Anhänger der AfD (94 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Ostdeutsche sind häufiger besorgt als Westdeutsche (55 % zu 35 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (47 % zu 26 %).

Hingegen machen sich unter 30-Jährige (78 %) und Anhänger der Grünen (92 %) überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



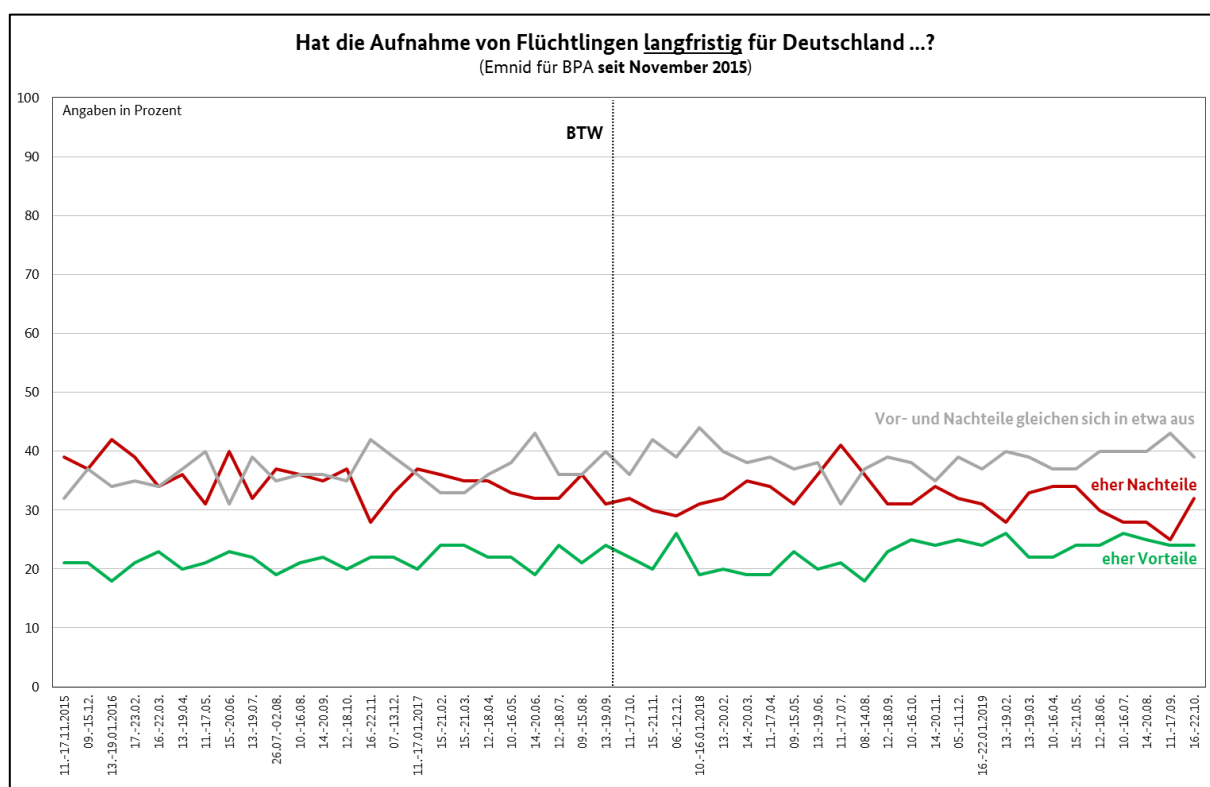
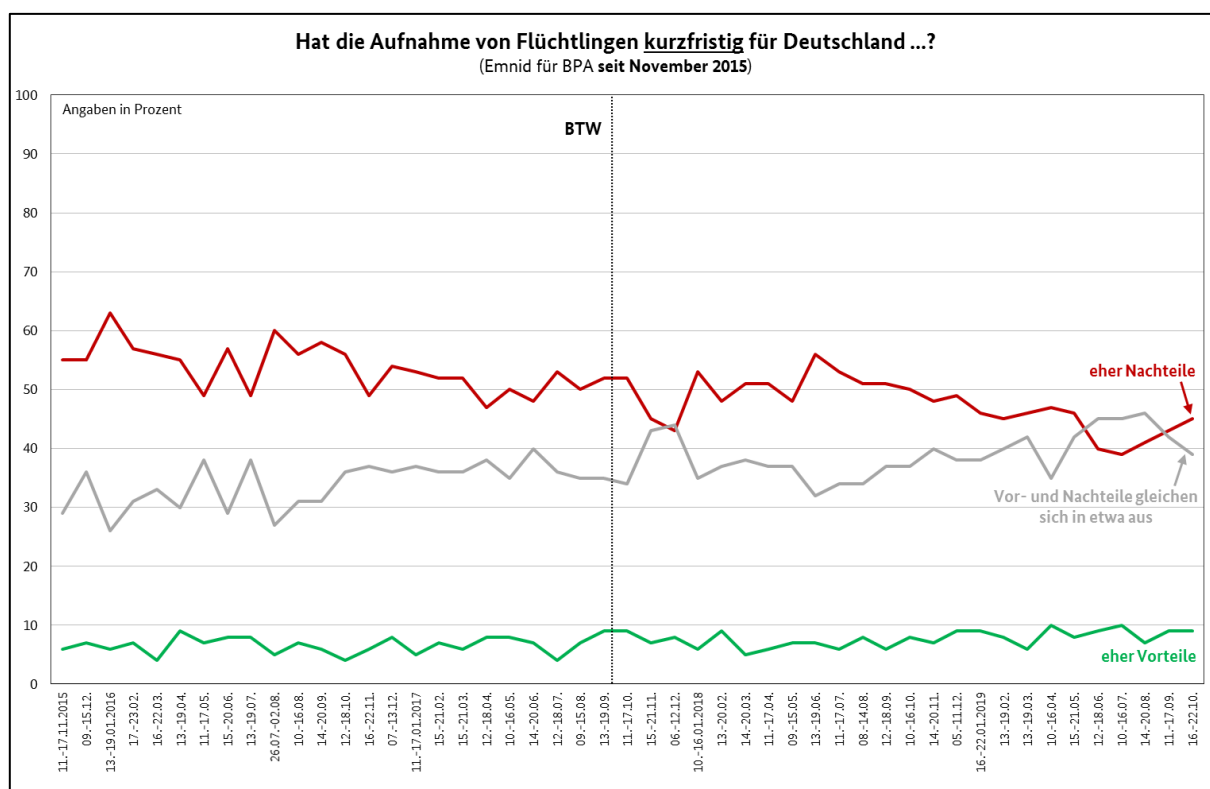
● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	9	(-)	24	(-)
eher Nachteile	45	(+2)	32	(+7)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	39	(-3)	39	(-4)
Erhebungszeitraum	16.-22.10.			

Kurzfristig sieht die Bevölkerung weiterhin deutlich mehr Nachteile als Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Überdurchschnittlich oft sind Ostdeutsche (60 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (59 %) sowie Anhänger der AfD (79 %) dieser Meinung.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (73 %), Ostdeutsche (52 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (47 %) sowie 40- bis 59-Jährige (40 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der Linkspartei (47 %) und der Grünen (44 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.



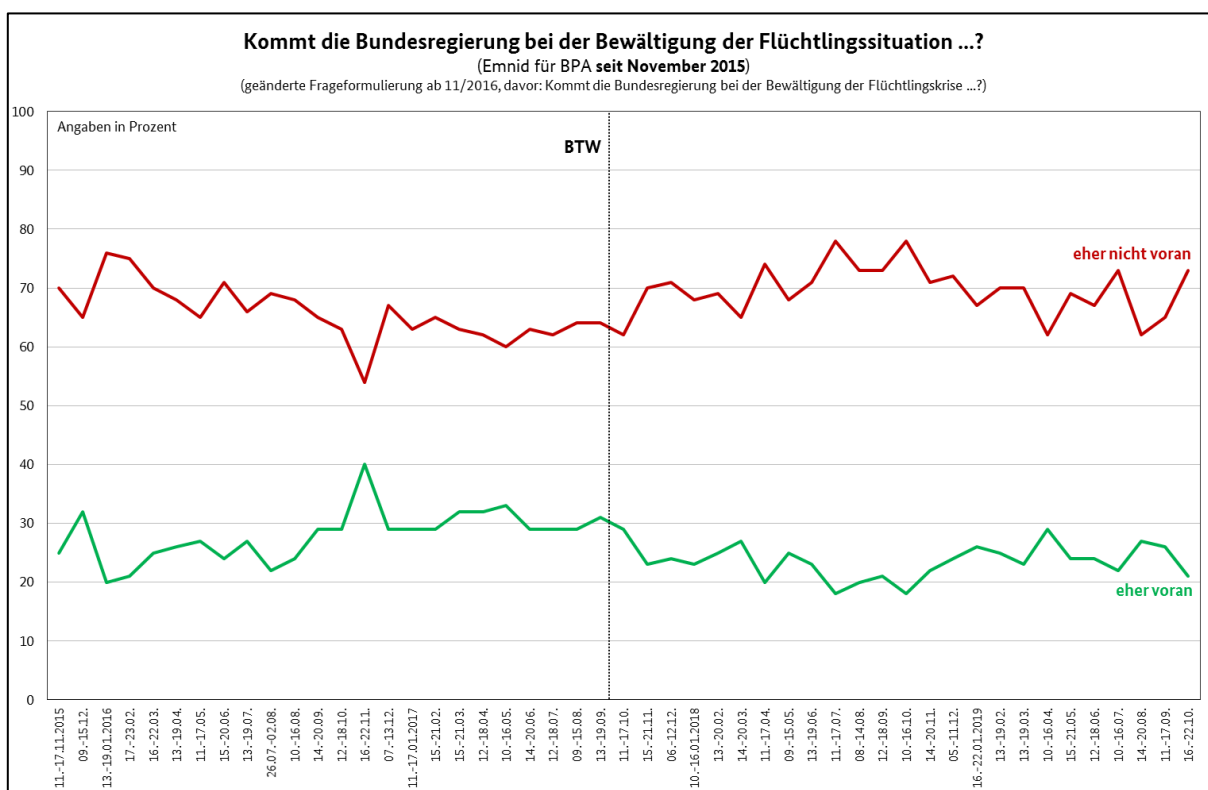
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	Emnid für BPA	
eher voran	21	(-5)
eher nicht voran	73	(+8)
Erhebungszeitraum	16.-22.10.	

30- bis 39-Jährige (35 %) und Anhänger der Union (40 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (27 % zu 18 %).

Hingegen meinen insbesondere Anhänger der Linkspartei (94 %) und der AfD (88 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier	24 (+19)
Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien	23 (-)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß/ Klimapaket der Bundesregierung	12 (-7)
Umweltpolitik/-schutz	11 (-3)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	9 (-)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	7 (+4)
Erhebungszeitraum	22.-23.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier" und "Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien".

Anhänger der FDP (45 %), der Grünen (40 %) und der Linkspartei (36 %) nennen das Thema "Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier" besonders oft. Westdeutsche beschäftigen sich häufiger damit als Ostdeutsche (26 % zu 13 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (33 % zu 20 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (31 % zu 13 %).

Über 50-Jährige erwähnen das Thema "Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien" häufiger als unter 50-Jährige (28 % zu 19 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (29 % zu 15 %).

